

RS OGH 1992/1/29 2StR427/91

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 29.01.1992

Norm

StGB §32

Rechtssatz

Nach ständiger Rechtsprechung des BGH ist die Berücksichtigung generalpräventiver Gesichtspunkte bei der Strafzumessung zulässig. Allerdings dürfen hierfür grundsätzlich nur solche Umstände herangezogen werden, die außerhalb der bei Aufstellung eines bestimmten Strafrahmens vom Gesetzgeber bereits berücksichtigten allgemeinen Abschreckung liegen. Diese Voraussetzungen sind gegeben, wenn sich eine gemeinschaftsgefährliche Zunahme solcher oder ähnlicher Straftaten, wie sie zur Aburteilung stehen, feststellen läßt.

Veröff: NSTZ 1992,275

Schlagworte

D

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:AUSL000:1992:RS0103844

Dokumentnummer

JJR_19920129_AUSL000_002STR00427_9100000_001

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at